

PROTOKOLL

der öffentlichen Ausschusssitzung Umweltschutz und Verkehr

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
08.11.2010	18.35 Uhr	20.35 Uhr	Ortsamt Horn-Lehe, Sitzungssaal

TEILNEHMER

ORTSAMT	: OAL W. Ahrens, Vorsitzender U. Lütjens, Protokollführer
BEIRAT/AUSSCHÜSSE	: siehe anliegende Liste
GÄSTE	: Herr Helms, Landesverband der Gartenfreunde Bremen e.V. Herr Klepatz, Landesverband der Gartenfreunde Bremen e.V. Herr Kurz, SUBVE Frau Hegner, ASV

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung des Protokolls
2. Grünpflege/Wasserentsorgung in Kleingartenanlagen
3. Schaltung der Fußgängerampeln an der Lilienthaler Heerstraße
4. Betriebsplan Knoten Hochschulring/BAB-Zubringer
5. Fußgängerampel Am Lehester Deich, Höhe Hans-Wendt-Stiftung – Antrag des Beirats Borgfeld
6. Temporäres Parkverbot in der Vorstraße – Bürgerantrag
7. Verschiedene Verkehrsangelegenheiten
8. Mittelplanung für die Unterhaltung öffentlicher Grünflächen 2011
9. Passiver Lärmschutz an der Bahnstrecke ab BAB 27 Richtung Oberneuland
10. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder wurden mit Schreiben vom 22.10.2010 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung des Protokolls

Die Tagesordnung wird einstimmig nach Ergänzung des TOP 7 beschlossen, das Protokoll der Sitzung vom 08.09.2010 ohne Änderungen genehmigt.

Zu TOP 2: Grünpflege/Wasserentsorgung in Kleingartenanlagen

Anlass der heutigen Befassung ist ein Antrag, der in der letzten Beiratssitzung zur Behandlung an den Ausschuss Umweltschutz und Verkehr überwiesen wurde. Mit diesem fordert die SPD-Fraktion einerseits eine finanzielle Kompensation für die durch Kleingärtner geleistete Grünpflege in den Randgebieten der Kleingartenanlagen, andererseits die Einrichtung einer Möglichkeit zur Wasserentsorgung.

Herr Klepatz erläutert, dass die Kleingärten überwiegend auf städtischem Grund liegen. Es ist vertraglich geregelt, welche Pflegemaßnahmen von der Stadt und welche von den Kleingärtnern vorzunehmen sind. Allerdings habe sich in den letzten zehn Jahren die Gewichtung kontinuierlich zuungunsten der Kleingärtner verlagert. Im Grunde handelt es sich jedoch um einen „Dauer-

brenner“, da bereits bei Einrichtung der Anlagen in den 60er- und 70er-Jahren Pioniergehölze zu eng und in zu großer Anzahl gepflanzt wurden.

Herr Kurz bestätigt, dass dieses Problem bekannt ist. Allerdings sei das Budget für die Grünpflege sehr knapp bemessen. So werden dem Umweltbetrieb Bremen für Kleingärten circa 275.000 Euro und dem Landesverband der Gartenfreunde circa 200.000 Euro zugewiesen, was nach vorangegangenen Kürzungsrunden eine geringfügige Erhöhung des Etats darstellt. Eine weitere Erhöhung wäre nur über eine Umverteilung des Gesamtbudgets möglich, was eine politische Entscheidung wäre. Vor dem Hintergrund dieser Mangelverwaltung ist die Behörde auf die Mitarbeit der Kleingärtner angewiesen.

In diesem Zusammenhang weist Herr Ahrens darauf hin, dass angesichts der von der Landesregierung angekündigten Sparbemühungen mit einem jährlichen Volumen von 100 Millionen Euro häufiger und in unterschiedlichen Situationen mit einer Mangelsituation zu rechnen sein wird.

Herr Helms plädiert deshalb dafür, die Pachteinnahmen vollständig für die Grünpflege zu verwenden, anstatt damit Haushaltslöcher zu stopfen.

Ein Herr aus dem Publikum wirft die Frage auf, ob nicht die Verpachtung generell auf privater Basis gehandhabt werden soll und in der Folge die Pächter zur Pflege verpflichtet werden können.

Zur Thematik der geforderten Wasserentsorgung erläutert Herr Helms, dass es seit dem Jahr 1996 erlaubt ist, Wasserzapfstellen in Kleingartengebieten anzulegen. Für diese Wasserversorgung fordert er eine entsprechende Entsorgung. Diese soll unter anderem dazu führen, das Kleingartenwesen für jüngere Menschen attraktiver zu machen, indem die Hygiene vor Ort mit WC etc. auf den heutigen Stand gebracht würde. Dies sei etwa in Berlin und Braunschweig schon umgesetzt worden. Dazu erläutert Herr Kurz, dass dies aufgrund des Bundeskleingartengesetzes nicht möglich ist, da dieses ein Bewohnen verbietet. Zwar wird von Behördenseite vermutet, dass in einzelnen Fällen Wasser bis in die Kleingartenhäuser verlegt ist, allerdings hat die Prüfung der hausinternen Juristen ergeben, dass eine offizielle Erlaubnis dazu nicht rechtens wäre. Neben juristischen Bedenken wäre in vielen Fällen auch die technische Umsetzung z. B. aufgrund schmaler Wege schwierig. Allerdings wird derzeit mit dem Verband ein Modellversuch angestrebt, bei dem auf freiwilliger Basis auf den Status des Kleingartens zugunsten eines „Freizeitgartens“ verzichtet wird. Bei diesem Konstrukt, welches sich nur auf städtischem Grund umsetzen lässt, können vertraglich weniger restriktive Regelungen vereinbart werden.

Abschließend wird als Konsequenz der vorangegangenen Diskussion einstimmig der folgende Beschluss gefasst:

„Der Ausschuss unterstützt die Bemühungen der Kleingärtner,

1. bei der Grünpflege in den Randgebieten so weit wie möglich Unterstützung durch die Stadt zu erhalten
und
2. eine Wasserentsorgung in den Kleingartengebieten eingerichtet zu bekommen.“

Zu TOP 3: Schaltung der Fußgängerampeln an der Lilienthaler Heerstraße

Herr Ahrens schlägt vor, sich im Rahmen eines Ortstermines an einer der betroffenen Ampeln durch Herrn Campen vom zuständigen Referat 31 ASV die verschiedenen Schaltungsvarianten erläutern zu lassen und in der kommenden Ausschusssitzung auf dieser Basis das Thema zu erörtern. Damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Zu TOP 4: Betriebsplan Knoten Hochschulring/BAB-Zubringer

Die einzige Abweichung zum vorliegenden Betriebsplan wird in der Tatsache liegen, dass die Richtungsangabe „Horner Bad“ in die Spittaler Straße hinein entfernt wird. Dieser Hinweis war bei der bisherigen Beschilderung irrtümlicherweise vorhanden gewesen, obwohl man per Auto lediglich bis zum Parkplatz der Sporthalle bzw. bis zum Wendeplatz am Ende der Spittaler Straße gelangt.

Herr Lindenberg erinnert daran, dass die Zustimmung zum Ausbau des Knotens mit der Aufforderung verbunden worden war, das Problem der täglichen Staus vom Autobahnzubringer Überseestadt bis auf die Ausfahrten der A 27 hinauf anzugehen, damit nicht zusätzlicher Ausweichverkehr über den Hochschulring generiert wird. Herr Ahrens wird die zuständige Stelle an diese Forderung erinnern.

Zu TOP 5: Fußgängerampel Am Lehester Deich, Höhe Hans-Wendt-Stiftung – Antrag des Beirats Borgfeld

Über die vom Beirat Borgfeld geforderte Bedarfsampel auf Höhe der Hans-Wendt-Stiftung wird auf einer gemeinsamen Sitzung mit den Borgfelder Kollegen zu beraten sein, nachdem eine von einem externen Gutachter zu erstellende Expertise vorliegt. Diese ist vom ASV beauftragt worden.

Zu TOP 6: Temporäres Parkverbot in der Vorstraße – Bürgerantrag

Hintergrund der heutigen Befassung mit dem Thema ist der Antrag des Anwohners Herrn Ernst, in dem er fordert, ein temporäres Parkverbot bis jeweils 14 Uhr in der Vorstraße zu verfügen. Dies soll nach Meinung des Bürgers das wochentags nach Schulschluss stattfindende Verkehrschaos entzerren.

Auf Nachfrage erklärt Frau Hegner vom zuständigen Referat 30 ASV, dass grundsätzlich unterschiedliche Modi wie ein temporäres oder auch ein generelles Parkverbot möglich wären. Problematisch ist hingegen die Kontrolle bzw. die tatsächliche Durchsetzung, da Parkverbote häufig ignoriert werden.

Da –wie bereits mehrfach vorher diskutiert – das Problem vornehmlich durch die vielen auswärtigen Schüler der Beruflichen Schulen für den Einzelhandel entsteht und der Schulstandort sukzessive in die Carl-Goerdeler-Straße verlegt wird, einigen sich die Ausschussmitglieder darauf, mit Verweis auf diese Entwicklung den Status quo zu belassen.

Zu TOP 7: Verschiedene Verkehrsangelegenheiten

Auf Anregung von Frau Hanke werden die folgenden Aspekte besprochen:

- Die Bewohner der Atrium-Häuser hinter dem Rewe-Markt in der Ohmstraße beklagen, dass nach der Erneuerung des Weges vor ihren Häusern keine eindeutige Trennung zwischen Fuß- und Radweg vorhanden ist, was dazu führt, dass oftmals Radfahrer direkt vor den Haustüren der Anwohner entlangfahren. Herr Ahrens wird in Erfahrung bringen, welche Möglichkeiten es gibt, dies zu unterbinden.
- An einer Stelle des Radweges am BAB-Zubringer sind drei Gullydeckel wesentlich niedriger in den Boden eingelassen als das allgemeine Niveau des Asphaltbelages. Das ASV wird aufgefordert, diese mit der Asphaltdecke zu nivellieren.
- An der Haferwende ist Moos durch die Pflasterung an den Rändern des Fuß- und des Radweges hindurchgewuchert, sodass sich die Gesamtbreite nahezu halbiert hat. Herr Ahrens wird den Umweltbetrieb Bremen informieren.
- Herr Bendig ist von Bürgern darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Fußgängerampel in der Kopernikusstraße auf Höhe der Shell-Tankstelle samstags um 16 Uhr ihren Betrieb einstellt. Allerdings wird diese von vielen Menschen genutzt, die einen sicheren Überweg zum Penny-Markt in der Edinsonstraße benötigen. Herr Bendig bittet daher zu prüfen, ob die Betriebszeit der Ampel an Samstagen der Öffnungszeit des Supermarktes angepasst werden kann. Dies wird Herr Ahrens in Erfahrung bringen.
- Ein Bürger hat sich schriftlich mit dem Vorschlag an das Ortsamt gewandt, auf dem BAB-Zubringer stadtauswärts die Fahrbahnführung dahingehend zu ändern, dass die beiden Fahrbahnen jeweils in Linksabbiegespuren münden und die Spuren geradeaus und rechtsabbiegend von der rechten Linksabbiegespur abzweigen. Dies wird von den Aus-

schussmitgliedern als sinnvoll angesehen – zumal dies in der Gegenrichtung bereits so praktiziert wird – und soll daher dem ASV vorgeschlagen werden.

Zu TOP 8: Mittelplanung für die Unterhaltung öffentlicher Grünflächen 2011

Die Mittelplanung für die Unterhaltung öffentlicher Grünflächen 2010 war bereits im Rahmen einer Beiratssitzung im Frühjahr dieses Jahres ausführlich durch Herrn Kurz erläutert worden. Die Mittelplanung für das kommende Jahr ist bis auf die Korrektur eines Gebietes, welches irrtümlich statt Borgfeld Horn-Lehe zugeschlagen worden war und der Heraufstufung eines Areals von Pflegestufe 5 auf Pflegestufe 4 identisch. Vor diesem Hintergrund stimmen die Mitglieder des Ausschusses der vorgelegten Planung einstimmig zu.

Zu TOP 9: Passiver Lärmschutz an der Bahnstrecke ab BAB 27 Richtung Oberneuland

Frau Riemer ist von Anwohnern des Schorfs darauf angesprochen worden, auf welcher Grundlage der Bedarf für den passiven Lärmschutz nach Errichtung des aktiven Lärmschutzes ermittelt wird. Dazu erläutert Herr Ahrens, dass analog zum bereits auf Horn-Leher Gebiet praktizierten Verfahren auf Grundlage einer statistischen Annahme der Bedarf für passive Maßnahmen ermittelt wird. Positiv ist dabei der Aspekt, dass seitens der Bahn die Planung vom Tunnelbau in Oberneuland entkoppelt wurde, wodurch das Verfahren bereits 2012 abgeschlossen sein soll. Das ermittelte Ergebnis wird dann öffentlich vorgestellt und mit dem Bau begonnen werden. Herr Lindenberg weiß zu berichten, dass in letzter Zeit die beauftragte Firma auf Oberneulander Gebiet mit intensiven Vorarbeiten beschäftigt war.

Zu TOP 10: Verschiedenes

- Herr Ahrens hat von Anwohnern den Hinweis erhalten, dass der Fahrbahnbelag in der Berckstraße schadhaft ist. Auf Nachfrage hat das ASV erklärt, dass dieser im Jahr 2011 saniert wird.
- Frau Garde erinnert daran, dass der Stichweg zwischen der Fleetinsel Im Hollergrund und der Lilienthaler Heerstraße auf Höhe Högerweg bei Regen aufgrund von Pfützenbildung schwer passierbar ist. Herr Ahrens wird der Sache nachgehen.
- Herr Lindenberg mahnt die versprochene Erhöhung der Abfuhrfrequenz für die Container in der Marcusallee an.
- Auf Nachfrage von Herrn Fincke erklärt Herr Ahrens, dass in Sachen der Verkehrsproblematik Achterdiek das angekündigte Gutachten demnächst vorliegen soll und dass dann zu einer weiteren Zusammenkunft des Runden Tisches Achterdiek eingeladen werden soll.
- Herr Wirtjes richtet sich im Namen des Heimbeirats der Stiftungsresidenz Riensberg an den Ausschuss. Es besteht das Problem, dass der Weg von der Residenz in Richtung Kleine Wümme auf Höhe des Baumes aufgrund herauswachsenden Wurzelwerkes mit Rollstühlen und Rollatoren schwer passierbar ist. Daher schlägt der Heimbeirat vor, auf dem Gelände des Altenheimes eine Umgehung auf der anderen Seite des Baumes anzulegen. Die Kosten hierfür sollen circa 10.000 Euro betragen. Herr Wirtjes möchte vor diesem Hintergrund wissen, ob eine Beteiligung an den Kosten mit öffentlichen Mitteln denkbar ist und an wen ein etwaiger Antrag zu richten wäre. Dazu erklärt Herr Ahrens, dass eine solche Kostenbeteiligung auf privatem Grund eher eine Ausnahme darstellen würde. Ansprechpartner für dieses Vorhaben ist das ASV. In einem zweiten Schritt wären dann nach Ermittlung des konkreten Mittelbedarfs Anträge an dafür infrage kommende Institutionen zu stellen.

Des Weiteren weist Herr Wirtjes darauf hin, dass sich an einer anderen Stelle des Weges in Richtung Kirchhof eine Senke in der Pflasterung gebildet hat und einzelne Pflastersteine entwendet worden sind.

gez. Ahrens
Vorsitzender

gez. Lütjens
Protokollführer

gez. Lindenberg
Ausschussprecher